



Kurzbericht zur Finanzstatistik

Datum: 09.03.2021

Entwicklung der Staatsfinanzen: Erste Resultate 2019 und Prognosen 2020-2021

Inhaltsverzeichnis

1. Finanzstatistische Kennzahlen nach internationalen Richtlinien	1
2. Die öffentlichen Finanzen der Schweiz im internationalen Vergleich	4
3. Anhang	7
3.1. Datenherkunft.....	7
3.2. Abgrenzung Finanzstatistik – Staatsrechnungen	8

Die vorliegende Übersicht enthält die konsolidierten Rechnungsergebnisse des Wirtschaftssektors Staat. Darin werden die provisorischen Resultate der Finanzstatistik für den Bund, die Kantone und die öffentlichen Sozialversicherungen des Jahres 2019 sowie Hochrechnungen für die Gemeinden veröffentlicht. Zudem liefert der Bericht Prognosen der öffentlichen Haushalte für die Jahre 2020 bis 2021. Detaillierte Daten zu den öffentlichen Haushalten sowie aggregierte Prognosen bis 2024, Hinweise zur Methodik sowie technische Notizen zu Revisionen sind im Internet abrufbar.¹

1. Finanzstatistische Kennzahlen nach internationalen Richtlinien

Zwecks internationaler Vergleichbarkeit werden die Finanzdaten und Kennzahlen der öffentlichen Haushalte nach dem «Government Finance Statistics Manual 2014» (GFSM 2014) des Internationalen Währungsfonds (IWF) veröffentlicht.

¹ <https://www.efv.admin.ch/efv/de/home/themen/finanzstatistik/uebersicht-staatsfinanzen.html>

Tabelle 1: GFS Rechnungsabschlüsse: Einnahmen/Ausgaben/Finanzierungssaldo für den Sektor Staat und pro Teilsektor

Mio. CHF		2017	2018	2019	2020	2021
Staat	Einnahmen	229 891	234 466	239 319	236 286	240 936
	Ausgaben	222 152	225 290	229 221	254 483	266 197
	davon Ausgaben Covid-Massnahmen				16 882	22 630
	Finanzierungssaldo	7 738	9 176	10 098	-18 197	-25 261
	Defizit-/Überschussquote in % des BIP	1.1%	1.3%	1.4%	-2.6%	-3.5%
Bund	Einnahmen	78 080	78 365	80 338	74 643	79 708
	Ausgaben	72 891	73 048	74 368	92 303	100 435
	davon Ausgaben Covid-Massnahmen				14 318	20 930
	Finanzierungssaldo	5 188	5 317	5 971	-17 660	-20 727
	Defizit-/Überschussquote in % des BIP	0.7%	0.7%	0.8%	-2.5%	-2.9%
Kantone	Einnahmen	92 404	95 457	97 252	98 846	107 324
	Ausgaben	90 139	92 643	93 770	99 886	109 594
	davon Ausgaben Covid-Massnahmen				2 748	10 000
	Finanzierungssaldo	2 265	2 814	3 482	-1 040	-2 270
	Defizit-/Überschussquote in % des BIP	0.3%	0.4%	0.5%	-0.1%	-0.3%
Gemeinden	Einnahmen	47 958	48 982	49 798	50 333	50 572
	Ausgaben	48 559	48 739	49 909	50 855	52 087
	Finanzierungssaldo	-601	243	-111	-522	-1 515
	Defizit-/Überschussquote in % des BIP	-0.1%	0%	0%	-0.1%	-0.2%
	Sozialversicherungen	Einnahmen	63 513	63 635	64 700	78 124
Ausgaben		62 627	62 833	63 943	77 100	74 964
davon Ausgaben Covid-Massnahmen					10 775	6 000
Finanzierungssaldo		886	802	757	1 024	-749
Defizit-/Überschussquote in % des BIP		0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	-0.1%

2019 zeigte sich die Finanzlage der öffentlichen Haushalte erfreulich positiv. Bund, Kantone und Sozialversicherungen erzielten hohe Überschüsse. Mit einer Überschussquote von 1,4 % des Bruttoinlandprodukts (BIP) erreichte der Sektor Staat 2019 das beste Ergebnis seit 2008.

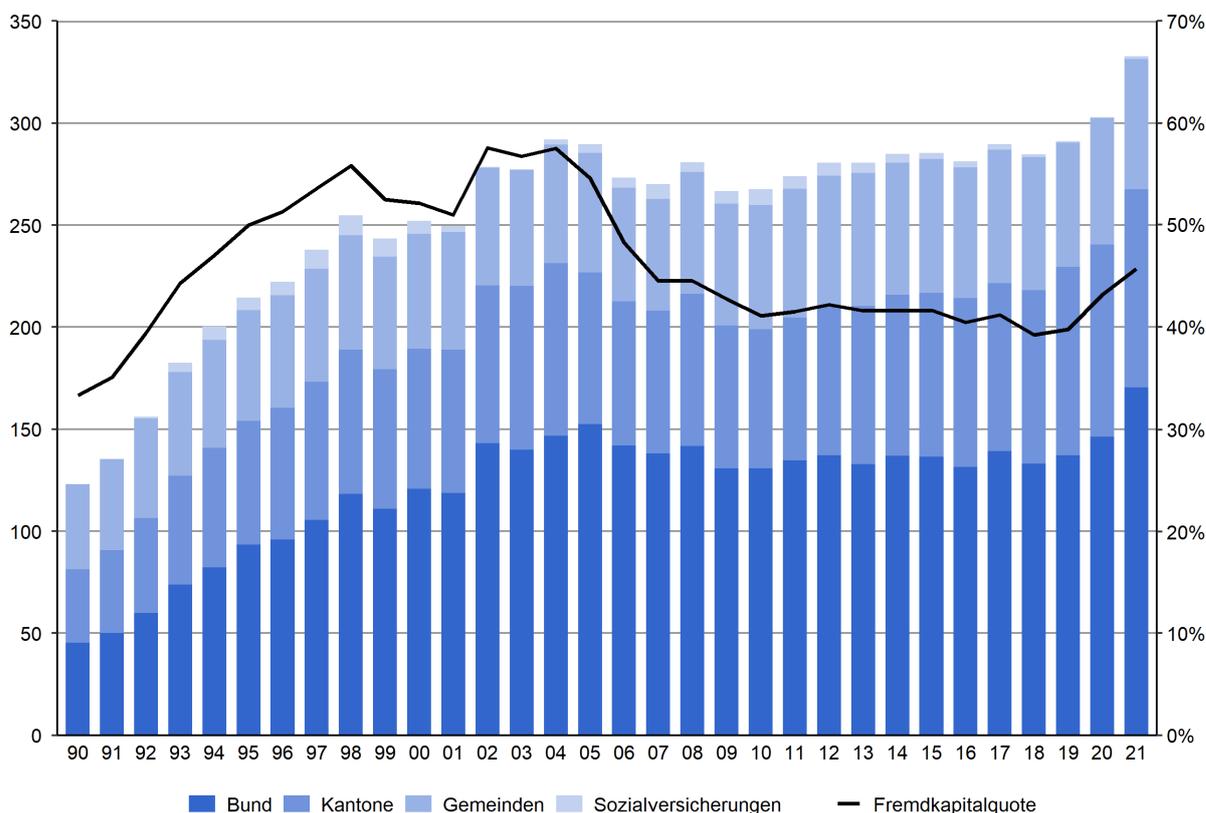
Die positiven Finanzierungssaldi 2019 der Teilsektoren Bund und Kantone ergaben sich aufgrund stark steigender Erträge. Der Bund profitierte von höheren Einnahmen aus der direkten Bundessteuer und der Verrechnungssteuer, was den Unternehmensgewinnen 2018 und den hohen Dividendenausschüttungen zu verdanken war. Der Einnahmewachstum bei den Kantonen um 1,9 % stammte primär von den direkten Einkommenssteuern der natürlichen Personen und den Vermögensgewinnsteuern. Gegenüber 2018 stieg die Überschussquote 2019 der Kantone von +0,4 % auf +0,5 % des BIP. Das Ergebnis der Gemeinden war nahezu ausgeglichen. Unverändert blieb auch die Überschussquote bei den Sozialversicherungen, sie betrug +0,1 %.

In den beiden Folgejahren 2020 und 2021 hinterlassen die Corona-Pandemie und die Massnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen deutliche Spuren in den Finanzen der öffentlichen Haushalte². 2020 führen hohe Steuerausfälle beim Bund (v.a. bei der Verrechnungssteuer) und stark steigende Ausgaben in den Teilsektoren Bund, Kantone und Sozialversicherungen zu einem Defizit von 2,6 % des BIP. Angesichts der Pandemiesituation wurden diverse finanzpolitische Massnahmen (z.B. Kurzarbeitsentschädigung von 10,8 Mrd., Leistungen Erwerbssersatz von 2,2 Mrd. und Ausgaben für die Beschaffung von Sanitätsmaterial und Impfstoffen von 618 Mio.) ergriffen, die den Sektor Staat mit rund 17 Milliarden belasten. Allein der Teilsektor Bund trägt rund 85 % dieser Ausgaben. Aufgrund der langanhaltenden zweiten Welle der Pandemie wurden auch für das laufende Jahr 2021 umfangreiche Massnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen beschlossen (u.a. Härtefallmassnahmen des Bundes

² Diese Zahlen berücksichtigen die finanzpolitischen Entscheide des Bundesrats bis Anfang März 2021.

und der Kantone von 10 Mrd.), die letztlich den Wirtschaftssektoren (Haushalte und Unternehmen) zugutekommen. Nur ein relativ kleiner Teil betrifft den Staatskonsum. Für den Gesamtstaat dürften die Massnahmen im 2021 fast 23 Milliarden erreichen, wovon der Bund rund 93 % trägt. Diese Zahlen sind noch mit grosser Unsicherheit behaftet. Angesichts der gleichzeitig rückläufigen Fiskalerträge, allen voran bei den Kantonen und Gemeinden, bleibt damit die Belastung für die öffentlichen Haushalte sehr hoch. Das Defizit dürfte beim Gesamtstaat voraussichtlich auf 3,5 % des BIP zu liegen kommen.

Abbildung 1: IWF Schuld in Mrd. CHF pro Teilsektor und in % des BIP für den Sektor Staat



Fremdkapitalquote - Der Abbildung 1 ist die Entwicklung der Fremdkapitalquote sowie des Fremdkapitals in Milliarden Franken zu entnehmen. Das Fremdkapital misst die Bruttoschulden des Staatssektors nach den Richtlinien des IWF. 2019 belief sich das Fremdkapital auf 289,3 Milliarden oder 39,8 % des BIP.

2020 dürfte das Fremdkapital aufgrund der Gesundheits- und Wirtschaftskrise um rund 12 Milliarden auf 301,4 Milliarden steigen (43,1 % des BIP), da ein Teil des hohen Defizits im Staatssektor mit Fremdkapital finanziert wird. Auch 2021 dürfte sich das Fremdkapital des Staatssektors deutlich erhöhen, um die beschlossenen Massnahmen (u.a. Härtefallprogramm von 10 Mrd.) zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu finanzieren. So dürfte das Defizit fast ausschliesslich mit Fremdkapital gedeckt werden. Nach dem massiven Konjunkturreinbruch im 2020 wird im 2021 ein Aufholeffekt erwartet. Bei einem BIP-Wachstum von 3,4 % dürfte die Fremdkapitalquote des Sektors Staat auf 45,7 % des BIP ansteigen.

2. Die öffentlichen Finanzen der Schweiz im internationalen Vergleich

Da die Statistik der öffentlichen Finanzen der Schweiz nach den internationalen Richtlinien dargestellt wird, lässt sie sich mit der Statistik der öffentlichen Finanzen anderer Staaten vergleichen. Nachfolgend wird für eine Auswahl von Ländern oder Ländergruppen ein internationaler Vergleich der wichtigsten Finanzkennzahlen durchgeführt. Dazu gehören die Defizit-/Überschussquote, die Fremdkapitalquote, die Einnahmenquote und die Staatsquote. Diese Kennzahlen werden als Prozentsatz des nominalen BIP angegeben.

Tabelle 2: Defizit-/Überschussquote und Fremdkapitalquote³

in % BIP	2017	2018	2019	2020	2021	in % BIP	2017	2018	2019	2020	2021
Schweiz	+1.1	+1.3	+1.4	-2.6	-3.5	Schweiz	41.2	39.2	39.8	43.1	45.7
EU - Euroraum	-0.9	-0.5	-0.6	-8.6	-6.5	EU - Euroraum	105.7	102.5	103.6	119.4	122.2
Deutschland	+1.4	+1.8	+1.5	-6.3	-4.4	Deutschland	72.7	69.5	68.1	82.5	84.7
Frankreich	-3.0	-2.3	-3.0	-9.5	-7.4	Frankreich	123.3	121.7	124.4	142.0	143.2
Italien	-2.4	-2.2	-1.6	-10.7	-6.9	Italien	153.2	147.8	155.8	178.7	178.3
Österreich	-0.8	+0.2	+0.7	-10.5	-6.7	Österreich	102.4	96.8	95.0	111.2	116.3
Belgien	-0.7	-0.8	-1.9	-11.3	-8.1	Belgien	120.9	118.3	120.9	139.2	141.5
Dänemark	+1.8	+0.7	+3.8	-3.9	-2.9	Dänemark	52.8	51.0	51.7	62.5	58.5
Niederlande	+1.3	+1.4	+1.7	-6.4	-8.0	Niederlande	70.9	66.0	62.5	69.7	76.8
Norwegen	+5.0	+7.8	+6.2	-1.3	+1.8	Norwegen	44.7	45.3	46.7	n.v.	n.v.
Spanien	-3.0	-2.5	-2.9	-11.7	-9.0	Spanien	115.8	114.5	117.3	139.1	142.3
Schweden	+1.4	+0.8	+0.5	-4.0	-3.8	Schweden	51.9	50.5	46.5	49.8	49.8
Kanada	-0.1	-0.4	-0.3	-15.6	-11.3	Kanada	95.2	93.8	94.3	121.5	131.2
Japan	-2.9	-2.3	-2.6	-10.5	-5.5	Japan	222.2	224.2	225.3	241.6	243.3
Vereinigtes Königreich	-2.4	-2.2	-2.4	-16.7	-13.3	Vereinigtes Königreich	117.1	113.9	117.3	145.3	157.4
USA	-4.3	-6.3	-6.7	-15.4	-11.6	USA	105.6	106.6	108.4	128.0	134.2
OECD Ø	-2.3	-2.8	-3.0	-11.5	-8.4	OECD Ø	109.8	108.7	110.0	126.9	131.7

Defizitquote und Fremdkapitalquote - Im Zeitraum 2017 bis 2019 zählte die Schweiz zur Gruppe von Ländern mit einem Finanzierungsüberschuss. Dazu gehörten auch Deutschland, Dänemark, die Niederlande, Norwegen und Schweden. All diese Länder wiesen ebenso eine Fremdkapitalquote von weniger als 80 % des nominalen BIP aus, während die meisten anderen Länder eine Quote von mehr als 100 % hatten. Frankreich, Italien, Belgien, Spanien, Kanada, Japan, das Vereinigte Königreich und die USA wiesen zudem ein Defizit aus. Aus Tabelle 2 ist ersichtlich, dass nicht alle Staaten gleich gute finanzielle Voraussetzungen zur Bewältigung der durch die Corona-Pandemie ausgelösten Wirtschaftskrise hatten.

Mit Ausnahme der Schweiz, Dänemark, Norwegen und Schweden verzeichnen alle in der Tabelle 2 aufgeführten Staaten 2020 ein Defizit von mindestens 6 % des BIP⁴. Die Fremdkapitalquote steigt bedingt durch die Corona-Massnahmen in vielen Staaten um mehr als 15 Prozentpunkte. Die grösste Zunahme schreibt das Vereinigte Königreich (+28 Prozentpunkte), dessen Wirtschaft zusätzlich an der Unsicherheit um den Brexit⁵ gelitten hat. Für Schweden und die Schweiz ergibt sich vergleichsweise ein massiv geringer Anstieg der Fremdkapitalquote (+3,3 Prozentpunkte).

Die Fremdkapitalquote der dargestellten Länder entwickelt sich 2021 sehr heterogen. Für die Schweiz und voraussichtlich auch für Schweden wird die Fremdkapitalquote unter der 50 % Marke bleiben, während sie im Euroraum, im Vereinigten Königreich, in Nordamerika (Kanada, USA) bei 120 % und mehr liegen wird. In Japan dürfte die Quote gar einen neuen Rekordwert

³ Datenquellen: Schweiz: Finanzstatistik; andere Länder: OECD Economic Outlook, Dezember 2020, Fremdkapitalquote Norwegen OECD Data (Februar 2021).

⁴ Für einen sinnvollen Vergleich der staatlichen Aktivitäten zur Abfederung der Folgen der Covid-Krise eignen sich die reinen Defizitquoten jedoch nicht. Dazu müssten die getätigten Ausgaben ins Verhältnis zum tatsächlichen BIP-Rückgang gesetzt werden.

⁵ Der EU-Austritt des Vereinigten Königreichs wird als Brexit bezeichnet. Dieser erfolgte am 31. Januar 2020.

von über 243 % des BIP erreichen. Die Auswirkungen der Gesundheits- und Wirtschaftskrise auf die öffentlichen Finanzen der Schweiz werden im Vergleich zu den meisten anderen Industrieländern weniger heftig ausfallen.

Tabelle 3: Einnahmen- und Staatsquote⁶

in % BIP	2017	2018	2019	2020	2021	in % BIP	2017	2018	2019	2020	2021
Schweiz	33.1	32.6	32.9	33.8	33.4	Schweiz	32.0	31.3	31.5	36.4	36.9
EU - Euroraum	46.2	46.5	46.4	46.2	46.2	EU - Euroraum	47.2	46.9	47.0	54.9	52.7
Deutschland	45.5	46.2	46.6	45.9	46.0	Deutschland	44.2	44.4	45.1	52.1	50.4
Frankreich	53.5	53.4	52.5	53.8	52.2	Frankreich	56.5	55.6	55.5	63.3	59.6
Italien	46.3	46.2	47.1	47.8	48.0	Italien	48.7	48.4	48.7	58.5	54.9
Österreich	48.5	48.9	49.1	47.7	47.1	Österreich	49.3	48.7	48.4	58.2	53.8
Belgien	51.3	51.4	50.1	50.5	49.1	Belgien	52.0	52.2	52.1	61.8	57.1
Dänemark	52.3	51.2	53.0	52.2	51.0	Dänemark	50.6	50.5	49.2	56.1	53.9
Niederlande	43.7	43.6	43.7	41.3	40.5	Niederlande	42.4	42.3	42.0	47.6	48.5
Norwegen	55.5	56.6	57.7	57.5	56.4	Norwegen	50.5	48.8	51.5	58.8	54.6
Spanien	38.2	39.2	39.2	40.0	42.1	Spanien	41.2	41.7	42.1	51.7	51.1
Schweden	50.7	50.6	49.8	48.3	47.2	Schweden	49.3	49.8	49.3	52.3	50.9
Kanada	40.4	40.7	40.8	40.9	40.8	Kanada	40.6	41.0	41.2	56.6	52.0
Japan	35.3	36.2	36.1	36.1	35.9	Japan	38.2	38.5	38.7	46.7	41.5
Vereinigtes Königreich	38.7	38.7	38.6	39.2	41.7	Vereinigtes Königreich	41.1	40.9	41.0	55.9	55.0
USA	33.7	31.6	31.6	32.1	32.2	USA	38.1	37.9	38.3	47.4	43.8
OECD Ø	38.1	37.5	37.6	37.6	37.8	OECD Ø	40.3	40.3	40.6	49.0	46.2

Einnahmen- und Staatsquote - Aus Tabelle 3 mit den Einnahmen- und Staatsquoten einer Auswahl von Industrieländern ist ersichtlich, dass deren Quoten sehr heterogen sind. Einerseits weisen die USA, die Schweiz, Japan, das Vereinigte Königreich, Spanien und Kanada im Zeitraum 2017 bis 2019 relativ tiefe Quoten aus. Andererseits sind die Quoten in Ländern wie Norwegen, Frankreich, Belgien und Dänemark relativ hoch. In allen Ländern sind beide Quoten bis 2019 stabil, in den beiden darauffolgenden Jahren ist ihre Entwicklung durch die Wirtschafts- und Gesundheitskrise geprägt.

So verzeichnen 2020 die Niederlande einen markanten Rückgang (-2,4 Prozentpunkte), während Frankreich einen starken Anstieg (+1,3 Prozentpunkte) der Einnahmenquote aufweist. Auch 2021 werden grosse Unterschiede in der Entwicklung der Einnahmenquote erwartet. Gemäss den aktuellen OECD-Zahlen dürften die Einnahmenquoten in Spanien und im Vereinigten Königreich deutlich steigen während die Quoten der anderen Länder stabil oder rückläufig ausfallen könnten.

Die Entwicklung der Staatsquote unterscheidet sich von der Entwicklung der Einnahmenquote. Die Massnahmen zur Bewältigung der Wirtschaftskrise als Folge der Corona-Pandemie führen im Jahr 2020 in allen Ländern (einschliesslich der Schweiz) zu stark steigenden Ausgaben. Der starke Rückgang des nominalen BIP verstärkt ausserdem den Anstieg der Staatsquote. Die Staatsquote der Schweiz erhöht sich im Jahr 2020 um 4,9 Prozentpunkte auf 36,4 %. Einzig in Schweden ist der Anstieg weniger stark (+3 Prozentpunkte). Von den untersuchten Ländern verzeichnen knapp die Hälfte einen Zuwachs von mehr als 9 Prozentpunkte. In Kanada steigt die Staatsquote gar um 15,4 Prozentpunkte. Der verhältnismässig tiefere Anstieg in der Schweiz ist auch darauf zurückzuführen, dass das BIP im Vergleich zu anderen Ländern weniger stark eingebrochen ist.

Die erneuten oder schärferen Eindämmungs- und Fiskalmassnahmen im Winter 2020/21 sind in den OECD-Prognosen vom Dezember 2020 noch nicht vollständig enthalten. Sie gehen von einem globalen Wirtschaftswachstum und von sinkenden Staatsquoten im 2021 aus. Einzig die Niederlande weisen 2021 einen Anstieg der Staatsquote aus. Im Gegensatz dazu sind die

⁶ Datenquellen: Schweiz: Finanzstatistik / andere Länder: OECD Economic Outlook 108, Dezember 2020, Norwegen: OECD Data (Februar 2021).

umfangreichen zusätzlichen Massnahmen (u.a. Härtefallprogramm) in der Schweizer Staatsquote berücksichtigt. Gemäss den aktuellen Prognosen der Eidg. Finanzstatistik dürfte die Staatsquote folglich auf 36,9 % des BIP, d.h. 5,5 Prozentpunkte über dem Vorkrisenstand, zu liegen kommen. Im Vergleich mit den anderen abgebildeten Ländern wird die Staatsquote der Schweiz weiterhin tief bleiben.

3. Anhang

3.1. Datenherkunft

Die Finanzstatistik basiert auf Erhebungen der Staatsrechnungen des Bundes, sämtlicher Kantone sowie der Jahresrechnungen von rund 1770 Gemeinden. Dabei werden alle Städte und Kantonshauptorte sowie pro Kanton zufällig bestimmte Stichprobengemeinden einbezogen. Aufgrund der erhobenen Gemeinderechnungen werden für die fehlenden Gemeinden pro Kanton Schätzungen und Hochrechnungen gemacht. In den letzten Jahren hat die Finanzstatistik die Vollerhebungen aller Gemeinden eines Kantons vorangetrieben. Für das Rechnungsjahr 2019 war demzufolge einzig für die Kantone Freiburg, Jura, Waadt und Wallis eine Schätzung nötig. Die Gemeinden aller übrigen 22 Kantone wurden komplett erhoben. Zudem werden die öffentlichen Sozialversicherungen (AHV, IV, EO, ALV, Familienzulagen in der Landwirtschaft, Mutterschaftsversicherung Genf) berücksichtigt. Die zu den öffentlichen Haushalten zählenden Institutionen, die nicht in den Staats- und Gemeinderechnungen enthalten sind, werden der Vergleichbarkeit und Vollständigkeit halber in die Statistik integriert. Öffentliche Unternehmen, welche in den Staats- und Gemeinderechnungen konsolidiert sind, werden hingegen ausgebucht.⁷ Aus diesen Gründen stimmen die Auswertungen der Finanzstatistik nicht notwendigerweise mit den publizierten Rechnungen des Bundes, der Kantone, der Gemeinden oder der öffentlichen Sozialversicherungen überein. Aufgrund des durch den föderalen Aufbau der öffentlichen Haushalte bedingten grossen Erhebungs- und Harmonisierungsaufwands liegen die definitiven Resultate eines Rechnungsjahres jeweils mit einer Verzögerung von rund eineinhalb Jahren vor. Anhand von Schätzungen sind jedoch auch aktuellere Aussagen und Prognosen für den gesamten Staatssektor und die einzelnen Teilsektoren (Bund, Kantone, Gemeinden und öffentliche Sozialversicherungen) möglich.

Bis zum Jahr 2019 stützen sich die Zahlen der Finanzstatistik zum Bund, den Kantonen und den Sozialversicherungen auf die jeweiligen Rechnungen. Die Daten zu den Gemeinden basieren auf einer Hochrechnung aufgrund der bis zum aktuellen Zeitpunkt vorliegenden Rechnungsdaten (Tabelle 4).

Die Prognosen für 2020 stützen sich auf die Staatsrechnung des Bundes und die provisorischen Rechnungen der Sonderrechnungen und der dezentralen Verwaltungseinheiten. Die Prognosen für 2021 basieren auf dem Budget respektive den Finanzplänen. Bei den Kantonen beruhen die Prognosen auf einer Umfrage zu den Rechnungen (2020) und den Kantonsbudgets (2021). Die Prognosen für die Gemeinden basieren auf mehreren Indikatoren (2020–2021). Die Zahlen 2020 der Sozialversicherungen beruhen auf den bereits verfügbaren Monatszahlen und die Prognosen 2021 auf ihren Budget- respektive Finanzplanzahlen.

Bei den Kantonen und Gemeinden gilt es zu berücksichtigen, dass nicht auf einheitliche Budgets und Finanzpläne zur Erstellung der Prognosen zurückgegriffen werden kann. Diskretionäre Massnahmen (z.B. Entlastungsprogramme, Ausfinanzierungen von Pensionskassen) dieser Haushalte sind somit nicht immer Teil der prognostizierten Daten. Deshalb sind die Zahlen mit zunehmendem Prognosehorizont mit der gebotenen Vorsicht zu interpretieren.

Die aktualisierten Ergebnisse und Informationen zu den Methoden sind im Internet⁸ abrufbar.

⁷ Umfang der Finanzstatistik 2018 (XLS, 60 kB, 07.09.2020)

⁸ <https://www.efv.admin.ch/efv/de/home/themen/finanzstatistik/daten.html>

Tabelle 4: Grundlage der Daten der Finanzstatistik, März 2021

Teilsektor	bis 2018	2019	2020	2021
Staat	Rechnung	Prognosen	Prognosen	Prognosen
Bund	Rechnung	Rechnung	Provisorische Rechnung	Budget/Finanzpläne
Kantone	Rechnung	Rechnung	Umfrage Rechnung	Umfrage Budget
Gemeinden	Rechnung	Vorhandene Daten	Prognosen	Prognosen
Sozialversicherungen	Rechnung	Rechnung	Provisorische Rechnung	Budget/Finanzpläne

¹ Einschliesslich Sonderrechnungen und dezentrale Verwaltungseinheiten

Schattiert: Hochrechnungen und Prognosen

3.2. Abgrenzung Finanzstatistik – Staatsrechnungen

Die nachfolgenden Ausführungen legen die Unterschiede zwischen den Publikationen der Finanzstatistik und den eigenen Staatsrechnungen der öffentlichen Haushalte dar. Entsprechende Abweichungen können bei allen Teilsektoren des Sektors Staat (Bund, Kantone, Gemeinden und Sozialversicherungen) auftreten. Sie entstehen hauptsächlich aufgrund von konzeptionellen Unterschieden in Bezug auf den Konsolidierungskreis, d.h. der sogenannten Sektorisierung der Finanzstatistik. In der Finanzstatistik werden die Einheiten, die in den Sektor Staat integriert werden, nach den Kriterien des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) bestimmt. So werden neben den Stammhäusern des Bundes, der Kantone, der Gemeinden und der öffentlichen Sozialversicherungen auch alle weiteren Einheiten erhoben, welche diese Kriterien erfüllen. In der Finanzstatistik gehören somit sämtliche Einheiten zum Sektor Staat, die eigenständige Institutionen unter staatlicher Kontrolle sind und entweder:

- Steuern erheben,
- Einkommen und Vermögen umverteilen oder
- weniger als 50 % ihrer Produktionskosten über Verkaufserlöse resp. Gebühren erwirtschaften.

Institutionen, die diese Kriterien nicht erfüllen, werden nicht erfasst oder aus den Staatsrechnungen ausgegliedert. Öffentliche Unternehmen wie zum Beispiel Spitäler, Elektrizitäts-, Gas- und Fernheizwerke, Verkehrsbetriebe, Wasserwerke, Kehrrechtverbrennungsanlagen und Antennenanlagen, welche über 50 % ihrer Produktionskosten über den Verkauf von Gütern und Dienstleistungen oder durch Gebühren decken, zählen deshalb nicht zum Sektor Staat. Ebenfalls nicht zum Sektor Staat gehören staatliche Finanzinstitute und Finanzdienstleister wie z.B. die Nationalbank, die Kantonalbanken oder die öffentlichen Pensionskassen. Sie werden zum Sektor der finanziellen Kapitalgesellschaften gezählt. Nichtfinanzielle und finanzielle Unternehmen werden als eigene Wirtschaftssektoren in der VGR der Schweiz erfasst, wobei nicht zwischen den öffentlichen und privaten Unternehmen unterschieden wird.

Der Teilsektor Bund umfasst gemäss Finanzstatistik das Stammhaus Bund sowie diejenigen Sonderrechnungen, welche zwar in der Finanzberichterstattung des Bundes ausgewiesen, aber nicht mit dem Stammhaus konsolidiert werden (Eidg. Alkoholverwaltung (EAV; bis 2017), Infrastrukturfonds (IF) und ab 2018 den diesen ablösenden Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF), Fonds für die Eisenbahngrossprojekte (FinÖV) und ab 2016 den diesen ablösenden Bahninfrastrukturfonds (BIF)). Dazu kommen dezentrale Einheiten, welche gemäss den genannten Kriterien des ESGV 2010 zu mehr als 50 % durch den Bund finanziert sind (ETH-Bereich, Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB), Eidgenössisches Institut für Metrologie (METAS), Innosuisse, Movetia, Schweizerischer Nationalfonds (SNF), Schweizerisches Nationalmuseum (SNM), Schweiz Tourismus, Stiftung Pro Helvetia, Stiftung Kostendeckende Einspeisevergütung (KEV, bis 2017) sowie die Immobilienstiftung für internationale Organisationen (FIPOI)). Demgegenüber finanzieren sich die FINMA und ihre Vorgängerinstitutionen hauptsächlich durch Gebühren und Aufsichtsabgaben der Beaufsichtigten und werden deshalb nicht erfasst; sie sind in der Staatsrechnung des Bundes nicht mehr

enthalten. Ebenfalls zu berücksichtigen sind die Unterschiede zwischen dem nationalen FS-Modell und dem internationalen GFS-Modell. Sie entstehen hauptsächlich durch die im GFS-Modell gesonderte Verbuchung von sonstigen wirtschaftlichen Strömen. Dies führt im GFS-Modell zu einem enger definierten Einnahmen- und Ausgabenkonzept. Tabelle 5 zeigt die Abfolge von den Saldi der Staatsrechnung gemäss Finanzberichterstattung Bund zu den Saldi gemäss GFS-Modell. Im unteren Teil der Tabelle ist der Schuldenstand des Teilsektors Bund in der Definition von Maastricht hergeleitet, die sogenannte Maastricht-Schuld. Aufgezeigt sind damit die Differenzen zwischen der Bruttoschuld gemäss Finanzberichterstattung, den Bruttoschulden des nationalen FS-Modells und der Maastricht-Schuld.

Tabelle 5: Differenzen Bund: Finanzberichterstattung (FBE) – FS- und GFS-Modell, in Mio. CHF

	2015	2016	2017	2018	2019
Ordentliches Ergebnis FBE	2'337	752	2'621	3'138	3'060
+ Ausserordentliches Ergebnis	493	478	177	90	541
Finanzierungsergebnis FBE	2'831	1'230	2'798	3'229	3'600
+ Saldo Konsolidierung der Sonderrechnungen der Bundesrechnung (1)	-140	522	938	1'661	1'200
+ Saldo Konsolidierung der zusätzlichen Sonderrechnungen (1)	15	120	169	-29	-25
+ Saldo Sonderfaktoren	8	13	11	31	35
Finanzierungsergebnis FS	2'714	1'885	3'916	4'892	4'810
- Bereinigung Saldo Bilanztransaktionen (2)	-184	173	222	219	117
- Bereinigung Saldo Sonstige wirtschaftliche Ströme (2)	19	-451	29	116	160
+ Periodengerechte Abgrenzung (3)	-554	-1'379	-92	-172	-182
+ Statistische Bearbeitungen (4)	-157	-411	1'615	932	1'620
Finanzierungssaldo GFS	2'167	372	5'188	5'317	5'971

	2015	2016	2017	2018	2019
Bruttoschulden gemäss Finanzberichterstattung	103'805	98'819	105'242	99'407	96'948
- Finanzderivate (Negative Wiederbeschaffungswerte)	203	178	125	128	140
Bruttoschulden Stammhaus gemäss FS	103'602	98'641	105'117	99'278	96'808
+ Bruttoschulden Sonderrechnungen / Konsolidierung (1)	-1'221	-962	-701	-649	96
Bruttoschulden FS	102'381	97'679	104'416	98'629	96'904
+ Münzumsatz gemäss SNB	3'061	3'095	3'142	3'183	3'212
- Verbindlichkeiten Dritte, Fiskalverbindlichkeiten, beschlagnahmte Vermögenswerte	7'235	8'098	10'582	10'931	12'133
+ Rückstellungen Garantieleistungen Hochseeschifffahrt	0	215	100	100	30
Maastricht-Schuld	98'207	92'890	97'076	90'981	88'013

- (1) Sonderrechnungen (EAV und IF (beide bis 2017), NAF, FinÖV (bis 2015), BIF) sowie vorwiegend steuerfinanzierte dezentrale Verwaltungseinheiten (ETH, EHB, Innosuisse, METAS, Movetia, SNF, Schweizerisches Nationalmuseum, Schweiz Tourismus, Pro Helvetia, KEV (bis 2017), FIPOI)
- (2) im Saldo gemäss GFS nicht enthalten
- (3) nicht-finanzwirksame Buchungen (im GFS-Saldo enthalten)
- (4) Statistische Bearbeitungen zwecks Anpassung an das GFSM2014 des IWF